

# UNSERE WOCHEN IM LANDTAG



## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

mit neuem Schwung und voller Ideen kommen wir aus der parlamentarischen Sommerpause zurück. Unsere Herbstklausur in München haben wir erfolgreich gemeistert: Förderung der Start-Up- und Gründerszene, Zukunft des Schulunterrichts in Bayern unter Corona-Bedingungen und die Anpassung von Städten an den Klimawandel sowie viele weitere drängende Themen standen auf dem Programm. Die dadurch neu gewonnenen Impulse finden sich auch in der **Regierungserklärung des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger** sowie in **weiteren Initiativen und Dringlichkeitsanträgen** der ersten Plenarsitzung vergangenen Mittwoch im Bayerischen Landtag wieder. Um Bayern, die Gesundheit seiner Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft zu

schützen und zu stärken ist es jetzt geboten, wirksam und sinnvoll zu agieren, **um einen zweiten Lockdown zu verhindern.**



Herbstklausur in München



## RÜCKBLICK

In seiner **Regierungserklärung** fasste Hubert Aiwanger die aktuelle Lage der Wirtschaft zusammen: **Die Auftragseingänge in der Industrie erholen sich langsam und die Arbeitslosenquote ist trotz des coronabedingten Anstiegs die niedrigste aller Bundesländer.** Diese positive Entwicklung belegt, dass wir als FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag mit unserer umsichtigen sowie entschlossenen Corona-Politik den richtigen Weg eingeschlagen haben. **Vor allem mit dem Corona-Rettungsschirm des Wirtschaftsministeriums, der bereits Mitte März aufgespannt und mit seinem umfangreichen Maßnahmenpaket sogar zum Vorreiter für den Bund wurde.** Damit haben wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag der Wirtschaft in Bayern zu einem raschen Neustart verholfen. Der beginnende Aufschwung ist vor allem dem vorausschauenden und beherzten Handeln des Wirtschaftsministers –



etwa durch den frühen Start der Corona-Soforthilfen in Bayern – zu verdanken. Nun gilt es, auf dem Erreichten aufzubauen und die Weichen für die Zukunft zu stellen. Dazu gehört, wieder stärker auf **regionale Wirtschaftskreisläufe** zu setzen, gleichzeitig aber **gezielt in innovative Unternehmen und Start-Ups zu investieren**, um den Wirtschaftsstandort Bayern fit für die Zukunft zu machen.

Mit einem Dringlichkeitsantrag fordern wir die **Einführung einer europaweit gültige »Corona-Ampel«** nach dem Vorbild Österreichs oder Tschechiens. Diese soll eine transparente Darstellung des regionalen Infektionsgeschehens in ganz Europa ermöglichen – das ist wichtiger denn je! **Denn regionale Cluster und Hotspots brauchen starke regionale Antworten.** Durch den Vorschlag der EU-Kommission zur Einführung einer differenzierten Corona-Ampel kann genau das erreicht werden: Sie stellt nicht allein auf die in Deutschland übliche 7-Tages-Inzidenzrate ab, sondern darüber hinaus auf die **Gesamtzahl durchgeführter Tests pro 100.000 Einwohner**, den **Anteil positiver Tests**, die **Erklärbarkeit des lokalen Infektionsherdes** sowie die **Ressourcen im örtlichen Gesundheitssystem**. So wird die tatsächliche epidemische Lage für alle Bürgerinnen und Bürger in Europa klar ersichtlich. Einheitliche Kriterien, die jeder verstehen und nachvollziehen kann, fördern die Akzeptanz von Anti-Corona-Maßnahmen erheblich und tragen auf diese Weise zu deren konsequenteren Umsetzung bei. **Um lokalen Corona-Ausbrüchen schnell und effizient begegnen zu können, benötigen wir jetzt ein Bündel von klugen Maßnahmen – und deshalb eine einheitliche Corona-Ampel für ganz Europa.** Ich freue mich, dass auf dem gestrigen CSU-Parteitag nun auch Ministerpräsident Söder unseren Vorschlag aufgenommen hat.

Auch haben wir uns mit einem Dringlichkeitsantrag dafür eingesetzt, **die EU-Regionalleitlinien ab 2022 für Bayern**

**gerechter zu gestalten.** Denn die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Regelungen zur regionalen und wirtschaftlichen Förderung würden gerade die bayerischen Grenzregionen zu Tschechien benachteiligen. Ein noch steileres Fördergefälle würde unsere Erfolge im wirtschaftlichen Aufholprozess dieser Region massiv gefährden. Es kann nicht sein, dass EU-Regionalfördergebiete, die Deutschland beispielsweise in Regionen um den Bayerischen Wald, Cham und Hof zugestanden werden, im gleichen Zug beschnitten werden. **Diese Art von Verwerfungen zwischen europäischen Regionen muss verhindert und ein gleichmäßiges Wachstum auf beiden Seiten der Grenzen gewährleistet werden.** Auch die fehlende Berücksichtigung des Brexit-Effekts in den künftigen Berechnungen der Fördergebiete bereitet uns Sorgen. Denn trotz des Austritts der Briten möchte die EU-Kommission an der alten Berechnungsmethode der nationalen Fördermöglichkeiten festhalten. So werden Deutschland und damit auch Bayern neben steileren Fördertreppen in Grenzregionen zusätzlich von einem statistischen Berechnungseffekt getroffen: **Wir zahlen mehr, bekommen aber weniger.** Das ist eine Milchmädchenrechnung für den Grenzraum. Ob Corona-Krise, Brexit oder regional-wirtschaftliche Unterschiede: Wichtig ist eine sinnvolle, gleichmäßige und vor allem gerechte Förderung der Regionen in Bayern und Europa – schließlich lebt die EU von der Solidarität ihrer Mitgliedsstaaten untereinander.

Als Erfolg konnten wir klar verbuchen, dass sich unser Regierungspartner endlich unseren steuerpolitischen Forderungen anschließt. Denn

**seit jeher fordern wir die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags.**

So haben wir uns mit einer Vielzahl von Dringlichkeitsanträgen klar gegen den »Soli« und **für eine Senkung von Unternehmenssteuern** starkgemacht. Doch die Umsetzung scheiterte bisher am Widerstand einiger Bundesländer und der Bundesregierung – an welcher die CSU beteiligt ist. Doch nun müssen den Worten auch Taten folgen. Die unsägliche Zuschlagsteuer zum Wiederaufbau der östlichen Bundesländer hat ihre Berechtigung bereits seit Jahren verloren und ist nun umgehend und ersatzlos zu streichen. **Mittelstand und Steuerzahler dürfen gerade in der Krise nicht weiter geschröpft werden: Der Soli muss endlich weg!**



### **TRAGÖDIE AUF LESBOS**

Die menschenunwürdigen Bilder vom Flüchtlingslager Moria auf Lesbos haben sicherlich dazu beigetragen, dass die EU-Kommission nun endlich einen groben Plan für einen EU-Migrationspakt vorgelegt hat.

Es ist weiterhin richtig, eine europäische Asyllösung anzumahnen - dahinter verstecken kann sich angesichts der humanitären Tragödie auf den der griechischen Inseln aber niemand mehr!

Ich habe frühzeitig eine rasche menschliche Lösung für die Menschen angemahnt, die jetzt nicht nur heimat-, sondern auch obdachlos sind!

Erfreulicherweise hat inzwischen auch die bayerische Staatsregierung und auch die Bundesregierung signalisiert, im Rahmen der europäischen Solidarität 408 Familien

mit insgesamt ca. 1.553 Menschen in Deutschland aufzunehmen. Dies sind sämtlich Menschen, die bereits in Griechenland einen Schutzstatus besitzen, also kein Asylverfahren mehr durchlaufen müssen und auch nicht neue Fluchtanreize setzen.

Allen, die in dieser humanitären Geste eine wirtschaftliche oder gar kulturelle Gefahr sehen, sei gesagt: Der Anteil, den Bayern davon zu schultern hat, beträgt ungefähr eine Familie pro Landkreis!

### **OKTOBERFESTATTENTAT 1980**

Der größte rechtsextreme Anschlag nach dem 2. Weltkrieg in Bayern bewegt auch nach 40 Jahren weiterhin die Opfer und die Angehörigen. Für sie ist es gut zu wissen, dass auch uns die Versäumnisse und Fehler der damaligen Ermittlungen bis heute bewegen. Im Verfassungs- und Rechtsausschuss habe ich diese Woche klargemacht, dass die ergebnislose Suche nach den Hintergründen nicht befriedigen kann. Aber dafür die Hartnäckigkeit und Genauigkeit, mit der nun sechs Jahre lang versucht wurde, aufzuarbeiten und aufzuklären, was nach so langer Zeit noch möglich war.

Befriedigend und ein überfälliges Zeichen ist, dass Bund, Freistaat Bay-



ern und die Stadt München sich nun auf einen Opferentschädigungsfonds mit 1,2 Mio. Euro geeinigt haben.

### **Das Wichtigste aber ist es, aus dem Geschehenen zu lernen:**

Wenn der Attentäter Gundolf Köhler ein Einzeltäter war, dann ist er doch hervorgegangen aus rechtsextremen Kreisen und war eingebunden in eine Ideologie und extremistische Kreise. Solche Kreise gibt es heute mehr denn je, nur dass diese sich heute angesichts völlig anderer Kommunikationsmöglichkeiten und viel stärkerer Vernetzung auch viel schneller und gefährlicher hochschaukeln und radikalieren können.

Die Lehre, die wir daraus ziehen müssen, ist, dass der Rechtsstaat heute mehr denn je wehrhaft sein muss – aber nicht nur durch die Präsenz von Sicherheitskräften bei solchen Großveranstaltungen. Wir haben eine erhöhte Verantwortung, solche Taten für die Zukunft zu verhindern, indem unser Rechtsstaat extremistische Strukturen und Organisationen frühzeitig aufspürt und zerschlägt, ehe solch schreckliche Taten zur Ausführung kommen.



### **KLEINWALSERTAL UND JUNGHOLZ RISIKOGEBIETE?**

Nachdem das Robert-Koch-Institut Vorarlberg und Tirol in die Liste der Corona-Risikogebiete aufgenommen hat, ergeben sich für Kleinwalsertal und Jungholz, aber auch fürs Oberallgäu Einschränkungen mit unerträglichen sozialen

und wirtschaftlichen Folgen. Beide Exklaven sind ohne eine ungehinderte Anbindung an das Oberallgäu praktisch nicht existenzfähig.

So pendeln derzeit täglich ca. 200 berufliche Ein- und Auspendler aus Deutschland, darunter zahlreiche Arbeitskräfte kritischer Infrastrukturen (Sozialzentrum, öffentlicher Dienst, Arztpraxen, Energieversorger, Gewandewerke, Bioenergie, Elektriker, Installateur etc.). Auch pendeln täglich ca. 120 Schüler ins Allgäu und ca. 30 Schüler aus dem Allgäu ins Kleinwalsertal. Nahezu sämtliche Facharzt- und Krankenhausbesuche der Menschen im Kleinwalsertal erfolgen im Allgäu. Das Rettungswesen wird über das Bayerische Rote Kreuz abgewickelt und auch die Notarztversorgung erfolgt aus Deutschland (Oberstdorf).

Test- und Quarantänepflichten aufgrund der Einstufung als CORONA-Risikogebiet würden erneut das komplette soziale und wirtschaftliche Leben samt kritischer Infrastruktur von Schulen bis zum Rettungsdienst dort zum Stillstand bringen und auch viele Menschen im südlichen Oberallgäu vor große Schwierigkeiten stellen.

Da es im Kleinwalsertal und in Jungholz aktuell keine Infektionsfälle gibt, habe ich mich für eine Lösung eingesetzt und gemeinsam mit der Oberallgäuer Landrätin Indra Bailer-Müller und mit dem Bayerischen Wirtschaftsminister die Bundesregierung und das Robert-Koch-Institut aufgefordert, beide Exklaven in der Liste der CORONA-Risikogebiete ausdrücklich aus den Risikogebieten Vorarlberg und Tirol auszunehmen. Nun hoffen wir gemeinsam auf eine kurzfristige Klärung.

### **IMPRESSUM**

**ALEXANDER HOLD** (v.i.Sd.P.)    Telefon 0831 9909 3001  
Salzstraße 12    alexander.hold@fw-landtag.de  
87435 Kempten    www.alexander-hold.de